

## Antrag des Tages

### Die JIS will einen Coach

Das müsse der Gemeinderat entscheiden, hat sich die Verwaltungsspitze in der Sitzung des Verwaltungs- und Sozialausschusses noch auffallend bedeckt gehalten, wie sie zum Antrag der Jugendinitiative Schorndorf (JIS) steht, das Jugendreferat von derzeit 50 auf 100 Prozent aufzustocken, und zwar dadurch, dass die bislang von Jugendreferent Komhardt besetzte 50-Prozent-Sozialarbeiterstelle am Max-Planck-Gymnasium neu besetzt wird. Nach Vorstellung der JIS würde Komhardt künftig zu 100 Prozent als Jugendreferent arbeiten, wobei 30 Prozent seiner Tätigkeit fürs Coaching der JIS reserviert wären. „Wir sollten uns im Gemeinderat Zeit nehmen, den Antrag noch einmal ausführlich zu diskutieren“, hat Oberbürgermeister Matthias Klopfer im Ausschuss gesagt, wobei sich die Verwaltung mittlerweile zu einer Beschlussempfehlung durchgerungen hat, die nicht dem JIS-Antrag entspricht. Demnach würde die Aufgabe eines Coaches für die JIS zum nächstmöglichen Zeitpunkt vom Jugendreferat zur Mobilen Jugendarbeit, die einen Personalsockel von 200 Prozent hat, wechseln. Mit der Folge freilich, dass wegen des veränderten Aufgabenschnitts die Fördermittel für die Mobile Jugendarbeit gekürzt würden.

Forsch, wie es das Vorrecht der Jugend ist, haben die JIS-Vertreter ihren Antrag sowohl schriftlich als auch – in der Ausschusssitzung – mündlich formuliert und begründet. Und deutlich gemacht, dass die JIS beziehungsweise die von ihr forcierte Jugendarbeit nur dann eine Zukunft hat, wenn sie entsprechend unterstützt wird – und zwar am besten, durch den Jugendreferenten, dem für diese Aufgabe entsprechend Luft verschafft wird. Aus Sicht der JIS würden mit der Zustimmung zu ihrem Antrag drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Die Stelle des Jugendreferenten würde aufgewertet und gestärkt, die JIS hätte wieder den dringend benötigten Coach und einen festen Ansprechpartner mit einem Stellenanteil an der unteren Grenze und der neue Schulsozialarbeiter könnte sich voll und ganz auf seine 50-Prozent-Stelle konzentrieren. Zitat aus dem Antrag: „Die Stadt hat die Jugendbeteiligung zu unterstützen. Mit der Ablehnung dieses Antrags oder ohne einen kompetenten Gegenvorschlag kommt man dieser Pflicht nicht nach.“ Im Übrigen sei der Antrag nur deshalb gestellt worden, weil die JIS schon seit zwei Monaten auf einen konkreten Vorschlag der Stadt oder gar eine Zusage warte, wie es ohne Coach weitergehen solle.

Während der Oberbürgermeister im Verwaltungsausschuss die Meinung vertrat, dass die JIS von der Stadt durchaus großzügig unterstützt werde – als Beispiele nannte Matthias Klopfer die SchoWo und das Jugendcafé – und die Frage, ob's für die Begleitung der JIS einen zusätzlichen Stellenanteil brauche oder sich das aus dem vorhandenen Kontingent heraus organisieren könne, zunächst einmal offenließ, sprach sich SPD-Stadtrat Marcel Kühnert für den JIS-Antrag aus. Gerade jetzt, da es bei der JIS personelle Veränderungen gebe, brauche die Jugendvertretung die ganz besondere Unterstützung der Stadt, meinte Kühnert. Und auch CDU-Fraktionschef Hermann Beutel ließ eine klare Tendenz pro JIS-Antrag erkennen. Dass eine gute Einrichtung wie die JIS auch Geld koste, sei „ein klassischer Zielkonflikt“, sagte Beutel und verriet auch seine ganz persönliche Meinung: „Wir müssen doch froh sein, wenn Jugendliche nicht nur am Handy rumdaddeln, sondern sich kommunalpolitisch engagieren.“ Und damit dieses Engagement und die dahinter stehende Motivation nicht nachließen, sei es richtig, den JIS-Antrag zu unterstützen und nicht gleich wieder in die Richtung gehen, dass sich so etwas aus dem vorhandenen Stellenplan rauschwitzen lasse.

Ganz anders sieht das Finanzbürgermeister Thorsten Englert. „Wir müssen wieder zu einer anderen Kultur und zu verlässlichen Regularien kommen“, appellierte er – mehr an die Ausschussmitglieder als an die Jugendlichen – mit Verweis darauf, dass solche Anträge in die jeweiligen Haushaltsberatungen gehörten und nicht einfach mal zwischen durch gestellt und entschieden werden sollten. „Und irgendwann“, so Englert, „muss sich der Gemeinderat auch mal entscheiden, was Pflicht ist und was Kür.“ Zur Einordnung: Auf volle Jahr bezogen, würde die von der JIS geforderte Stellenaufstockung die Stadt rund 32 000 Euro kosten.

Hans Pöschko

## In Kürze

**Schorndorf/Urbach.** Der nächste Heimatnachmittag der **Sudetendeutschen Landsmannschaft** findet am Palmsonntag, 14. April, in der Gaststätte SC-Treff in Urbach (Linsenbergring 6) statt. Beginn ist um 14.30 Uhr. Gäste sind willkommen.

## EXTRA: Bebauungsplanung fürs Breuninger-Areal



Hauptsächlich Wohnbebauung, die höhenmäßig von vorne (Heinkelstraße) nach hinten (Mühlgasse) abgestuft wird, soll auf dem Breuninger-Areal realisiert werden. Visualisierungen: Projektentwickler Instone

# Kein Einkaufsmarkt, mehr Wohnungen

Statt zunächst 180 sind es jetzt 237 / Planung stößt im Technischen Ausschuss auf einhellige Zustimmung

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED  
HANS PÖSCHKO

**Schorndorf.** Auch wenn nicht alle glücklich sind, dass es mit der Ansiedlung eines großflächigen Lebensmittelmarktes mangels geeigneter Interessenten auf dem ehemaligen Breuninger-Areal nichts wird, so wurde im Technischen Ausschuss doch anerkannt, dass die Planung für die Überbauung des Areals durch den Wegfall des Einkaufsmarktes eher gewonnen hat. Der Schwerpunkt liegt jetzt noch stärker auf Wohnungsbau: Statt der zuvor geplanten 180 sollen jetzt 237 Wohneinheiten realisiert werden.

Die darüber hinaus gehende Nutzung beschränkt sich nun auf kleineren Einzelhandel, wie etwa einen Bäcker und einen Metzger und weiteren, nicht innenstadtrelevanten Einzelhandel oder ein untergeordnetes Dienstleistungsangebot – angeordnet jeweils entlang der Heinkelstraße. Laut Manfred Beier, Leiter des Fachbereichs Stadtentwicklung und Baurecht, stehen außer für den Bäcker und den Metzger noch 400 Quadratmeter Fläche zur Verfügung. Für die Geschäfte, die sich dort ansiedeln, ist entlang der Heinkelstraße ein Parkstreifen vorgesehen.

### Tiefgarage wird gestaffelt, weil das Gelände abfällt

Eine gestalterische Veränderung beim der Heinkelstraße und der Bahn zugewandten Gebäudeteil hat sich Beier zufolge insofern ergeben, als die Fassade geschlossen und auf die zunächst vorgesehenen Öffnungen verzichtet werden soll. Der Wegfall des in früheren Entwürfen enthaltenen Lebensmittelmarktes wirkt sich Manfred Beier zufolge insofern positiv aus, als dadurch im Inneren der Bebauung zusätzliche Platzsituationen geschaffen werden können und eine großzügigere Durchlässig- und Durchgängigkeit erreicht wird. Und natürlich hat sich durch den Verzicht auf einen Lebensmittelmarkt auch die Parkplatzsituation deutlich entspannt. Zu einer Änderung der Planung hat auch die nachträgliche Feststellung geführt, dass es von der Heinkelstraße in Richtung Mühlgasse ein beträchtliches Gefälle gibt. Deshalb müsse, so Beier, die Tiefgarage gestaffelt angelegt werden. Und bei den Gebäuden sei geplant, die höhenmäßig von Süden nach Norden etwas zurückzunehmen, was bedeute, dass im hinteren Bereich Reihenhäuser und kein Geschosswohnungsbau mehr vorgesehen seien. Lärm, Altlasten, Hochwasser, Verkehr, Umwelt – all diese Dinge sind dem Fachbereichsleiter zufolge bereits gutachterlich untersucht worden und fließen, so weit erforderlich, in einen Durchführungsvertrag ein, der abgeschlossen werden soll, bevor der Gemeinderat den Satzungsbeschluss fasst (für die Sitzung am Donnerstagabend steht erst einmal der Auslegungsbefehl an). „Wir haben es auch mit einer neuen Tierart, dem Turmfalken zu tun, aber das kriegen wir in den Griff“, sagte Manfred



Ein Blick in einen der Innenhöfe der künftigen Wohnbebauung auf dem ehemaligen Breuninger-Areal.

Beier mit Blick auf die ebenfalls vorliegende artenschutzrechtliche Relevanzabschätzung. Vorab geprüft und eindeutig mit Ja beantwortet ist auch die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung aufgeworfene Frage, ob in diesem Fall ein beschleunigtes Bauverfahren nach Paragraf 13 a Baugesetzbuch, der auf Innenentwicklung und die Wiedernutzbarmachung von Flächen abzielt, überhaupt zulässig ist.

### Regelung zur Unterführung im städtebaulichen Vertrag

Es sei von vornherein klar gewesen, dass noch einige Details der Planung der Realität angepasst werden müssen, bewertete Grünen-Stadtrat Werner Neher die Planung und wunderte sich ein bisschen, dass die höhenmäßige Abwicklung des Geländes erst nachträglich bekanntgeworden sei. Von einem „schlüssigen Konzept“ sprach SPD-Stadtrat Klaus Reuster, der es gut findet, dass durch den Wegfall des Lebensmittelmarktes Platz für weitere Wohnungen geschaffen wurde und dass von der offenen Bauweise zur Heinkelstraße hin Abstand genommen wird. Reusters Frage, wie es um die im Bebauungsplan nicht dargestellte Aufweitung der Unterführung in Richtung Vorstadtstraße und Breuninger-Areal stehe, antwortete die Leiterin des Fachbereichs „Wirtschaftsförderung und Grundstücksverkehr“, Gabriele Koch, diese Anforderung an den Investor Instone werde im städtebaulichen Vertrag geregelt und auch im Erschließungsvertrag präzisiert. Beschlusslage sei auch, dass das denkmalgeschützte ehemalige Gaststättengebäude erhalten und wieder gastronomisch genutzt werden solle, wobei der Investor erwäge, dieses Gebäude gleich an den späteren Endnutzer zu verkaufen, der sich dann auch um

die Sanierung kümmern müsste.

Aus Sicht von CDU-Fraktionschef Hermann Beutel ist es bedauerlich, dass der Lebensmittelmarkt nicht realisiert werden kann, weil der für dieses Quartier nördlich der Bahn insgesamt wichtig gewesen wäre. Zusammen mit der Antwort auf die Frage, wie sich die Anzahl der Wohnungen durch die frei gewordene Fläche entwickelt habe – von 180 auf 237 –, bekam Beutel von Manfred Beier auch gleich die Auskunft zur Anzahl der Stellplätze. Auch in diesem Fall sei

pro Wohneinheit ein Stellplatz vorgesehen, sagte der Fachbereichsleiter.

Wie beim Pfeilerer-Areal greift auch beim Breuninger-Areal das städtische Wohnraumversorgungskonzept, das besagt, dass ein bestimmter Anteil der zu bauenden Wohnungen preisgünstige Mietwohnungen sein müssen, für die die Stadt ein Belegungsrecht hat. Laut Gabriele Koch sollen die auf einen „Endinvestor“ übertragen werden, der aber ganz sicher nicht die Stadtbau Schorndorf sein werde.

## Breuninger und anderes im Gemeinderat

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Au“/ehemalige Lederfabrik Breuninger ist nur einer von insgesamt 21 Tagesordnungspunkten, die sich der Gemeinderat für seine **Sitzung am Donnerstag, 11. April – die letzte vor der Kommunalwahl am 26. Mai** – vorgenommen hat. Die Sitzung im großen Sitzungssaal beginnt um 18 Uhr mit einer Bürgerfragestunde und mit Bekanntgaben.

Die weitere umfangreiche Tagesordnung mit einer ganzen Reihe von Punkten, die bereits im Technischen Ausschuss oder im Verwaltungs- und Sozialausschuss beraten worden sind, sieht so aus: **Vorstellung der polizeilichen Kriminal- und Verkehrsunfallstatistik**; Grundsatzbeschluss zur Verkehrsführung im Bereich der Kreuzung Grafenbergweg/Waiblinger Straße/Mittlere Uferstraße; **Verbesserung der Parksituation rund um die Schorndorfer Bäder in den Sommermonaten**; Bevölkerungs- und Wohnbau-

entwicklung; **Kindergartenbedarfsplanung 2019/20**; Schulkindbetreuung in Schorndorf; Antrag der Jugendinitiative Schorndorf auf Aufstockung des Jugendreferats; **Unterstützungsleistung für den ASV Schorndorf**; Abschluss einer Modernisierungsvereinbarung für die Gebäude Gottlieb-Daimler-Straße 39/41 und Urbanstraße 7; Baulandumlegung „Kohlacker-Ghai“ (Haubersbrunn) – Änderung der Umlegungsanordnung und Änderung des Geltungsbereichs der Satzung über ein besonderes Vorkaufrecht; Änderung des Geltungsbereichs für den Bebauungsplan „Rainbrunnen-Mittlere Brücke“; Änderung des Geltungsbereichs für den Bebauungsplan „Enzianweg“ (Unterberken); Straßensanierungsprogramm 2019; **künftige Schritte der Wohnungslosenversorgung in Schorndorf**; Ermächtigungsübertragungen 2018 und Überblick über das voraussichtliche Rechnungsergebnis 2018; Annahme von Spenden; Anfragen.